Stand: 25.04.2024 04:08:18

Vorgangsmappe für die Drucksache 16/13289

"Reform des Länderfinanzausgleichs: Statt Wahlkampfaktionen endlich mehr Konzept, Glaubwürdigkeit und Überzeugungskraft bei der Vertretung bayerischer Interessen"

Vorgangsverlauf:

1. Dringlichkeitsantrag 16/13289 vom 18.07.2012
2. Beschluss des Plenums 16/13390 vom 18.07.2012
3. Plenarprotokoll Nr. 107 vom 18.07.2012

Bayerischer Landtag
16. Wahlperiode
Drucksache 16/**13289**
18.07.2012

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Volkmar Halbleib, Inge Aures, Susann Biedefeld, Harald Güller, Natascha Kohnen, Franz Maget, Christa Naaß, Reinhold Strobl, Dr. Paul Wengert** und **Fraktion (SPD)**

Reform des Länderfinanzausgleichs: Statt Wahlkampfaktionen endlich mehr Konzept, Glaubwürdigkeit und Überzeugungskraft bei der Vertretung bayerischer Interessen

Der Landtag wolle beschließen:

1. **Neuregelung des bundesstaatlichen Finanzausgleichs**:
   Der Landtag hält eine umfassende Neuregelung des bundesstaatlichen Finanzausgleichs für erforderlich, um die vereinbarten Ausgleichsmechanismen mit dem Ziel der Reduzierung der bayerischen Zahlungen zu verändern und um falsche Anreize beim Länderfinanzausgleich zu korrigieren, da beim gegenwärtigen System beispielsweise weder Geber- noch Nehmerländer ausreichend von zusätzlichen Steuereinnahmen profitieren.
2. **Politische Verantwortung in Bayern für derzeitigen Finanzausgleich:**
   Der Landtag stellt fest, dass die im Jahr 2001 unter Zustimmung der CSU-Staatsregierung und der CSU-Landesgruppe beschlossene und seit 2005 geltende Neuregelung des bundesstaatlichen Finanzausgleichs und damit des Länderfinanzausgleichs mittlerweile seit Jahren zu massiven Belastungen des bayerischen Staatshaushalts geführt hat.
3. **Konzeptlosigkeit der Staatsregierung**:
   Der Landtag stellt fest, dass die Staatsregierung leider bis heute trotz mehrfacher Aufforderungen weder ein Konzept für die Neuregelung des Finanzausgleichs vorgelegt hat noch ein durchgerechnetes Modell, das die fiskalischen Auswirkungen beschreibt.
4. **Informationspflicht der Staatsregierung:**
   Der Landtag stellt fest, dass die Staatsregierung den Landtag bis heute nicht darüber informiert hat,
   - welche rechtlichen Änderungen sie bei welchen Regelungen des bundesstaatlichen Finanzausgleichs anstrebt,
   - auf der Grundlage welchen Vorschlags welche Gespräche mit welchem Ergebnis mit anderen Bundesländern geführt wurden,
   - welche Regelungen des derzeitigen Finanzausgleichs sie mit welcher Begründung für verfassungswidrig hält,
   - wie sie mit welcher Begründung die Erfolgsaussichten einer Verfassungsklage und das Risiko einer abschlägigen oder den Standpunkt Bayerns schwächenden Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts einschätzt,
   - warum sie eine Verfassungsklage selbst im Erfolgsfall für zielführend erachtet, nachdem doch die jetzt angegriffene Regelung des Länderfinanzausgleichs nach einer früheren Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts verabschiedet wurde.
5. **Wahrnehmung bayerischer Interessen:**
   Der Landtag stellt fest, dass es keine gute und sachgerechte Wahrnehmung bayerischer Interessen beim Länderfinanzausgleich durch die Staatsregierung ist,
   - wenn die Staatsregierung gegen eine Regelung klagt, die sie selbst ausverhandelt, beschlossen und als gut für Bayern beschrieben hat,
   - wenn durch die gegenwärtige Vorgehensweise der Staatsregierung die gemeinsame Interessenswahrnehmung der Geberländer gefährdet wird,
   - wenn erkennbar durchsichtige parteipolitische und wahltaktische Motive Diskussion und Entscheidung über eine Verfassungsklage bestimmen,
   - wenn die Staatsregierung ständig betont, Bayern sei das reichste und beste Land und habe keinerlei offene landespolitische Baustellen, denn dies wird bei anderen Ländern kaum Verständnis für die Notwendigkeit eines Reformprozesses wecken,
   - wenn die offiziellen und inoffiziellen Stellungnahmen der Staatsregierung geeignet sind, den horizontalen Finanzausgleich im engeren Sinn (zwischen den Ländern) generell zugunsten einer ausschließlich vertikalen Lösung (nur Bund-Länder) in Frage zu stellen.
6. **Aufforderung:**
   Die Staatsregierung wird erneut aufgefordert, endlich einen ernsthaften, nachhaltigen und zielführenden politischen Prozess auf der Grundlage eines klaren und gerechten Reformkonzeptes für eine Neuregelung des bundesstaatlichen Finanzausgleichs noch vor dem Jahr 2019 voranzubringen und dem Landtag über das Ergebnis zu berichten.

Sofern dies bis zum Ende der Legislaturperiode nicht gelingt, ist ein politischer Neuanfang in Bayern auch für die erfolgreiche Reform des Länderfinanzausgleichs erforderlich. Ein neues Regierungsbündnis muss dann die Fehler der derzeitigen Staatsregierung ausgleichen und dann unabhängig von Wahlterminen und Selbstdarstellungsnöten der derzeitigen Regierungskoalition eine Koalition der Geberländer bilden, sowie Mehrheiten für eine Korrektur mit dem Ziel einer Entlastung der hauptbetroffenen Geberländer schaffen. Das schließt eine verfassungsrechtliche Klärung als Ultima Ratio nicht aus.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag
16. Wahlperiode

Drucksache 16/**13390**
18.07.2012

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Volkmar Halbleib, Inge Aures, Susann Biedefeld, Harald Güller, Natascha Kohnen, Franz Maget, Christa Naaß, Reinhold Strobl, Dr. Paul Wengert** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 16/**13289**

Reform des Länderfinanzausgleichs: Statt Wahlkampfaktionen endlich mehr Konzept, Glaubwürdigkeit und Überzeugungskraft bei der Vertretung bayerischer Interessen

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Franz Maget
Abg. Philipp Graf von und zu Lerchenfeld
Abg. Eike Hallitzky
Abg. Volkmar Halbleib
Abg. Klaus Steiner
Abg. Mannfred Pointner
Abg. Karsten Klein
Dritter Vizepräsident Peter Meyer
Staatsminister Thomas Kreuzer
Abg. Bernhard Pohl

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Zwischenzeitlich rufe ich den nächsten Themenkomplex auf, das sind die Dringlichkeitsanträge zum Thema Länderfinanzausgleich.

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten
Georg Schmid, Renate Dodell, Karl Freller u. a. und Fraktion (CSU),
Thomas Hacker, Karsten Klein, Dr. Andreas Fischer u. a. und Fraktion (FDP)
Änderungen im Länderfinanzausgleich zu Gunsten Bayerns durchsetzen
(Drs. 16/13267)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge,
Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Konzept statt Klagen: Strategie für einen neuen Länderfinanzausgleich
vorlegen! (Drs. 16/13270)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Volkmar
Halbleib, Inge Aures u. a. und Fraktion (SPD)
Reform des Länderfinanzausgleichs: Statt Wahlkampfaktionen endlich mehr
Konzept, Glaubwürdigkeit und Überzeugungskraft bei der Vertretung
bayerischer Interessen (Drs. 16/13289)

(Unruhe)

- Bitte, liebe Kollegen. - Hallo!

Dazu gibt es die gemeinsame Aussprache, die ich mit Herrn Kollegen von und zu Lerchenfeld eröffne. Er ist der Erste. Bitte schön, Graf Lerchenfeld, Sie haben das Wort. Ihnen folgt Herr Kollege Hallitzky.

Philipp Graf von und zu Lerchenfeld (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus! Das bayerische Kabinett hat in dieser Woche Klage beim Bundesverfassungs-

gericht eingereicht, um gegen die Auswirkungen des derzeitigen Länderfinanzausgleichs vorzugehen. Trotz intensiver Bemühungen der Geberländer, auf dem Verhandlungsweg Reformen des Ausgleichssystems zu erreichen, setzen die Nehmerländer nach wie vor auf Verzögerungen und versuchen, die Belastungen der Nehmerländer weiter in die Zukunft zu tragen.

Wir wollen nicht unbedingt eine Reduzierung für die Nehmerländer, aber wir gehen davon aus, dass wir auf jeden Fall eine Deckelung für Bayern brauchen, damit wir nicht mit ständig steigenden Ausgaben rechnen müssen. Die notwendigen grundlegenden Veränderungen am System des Länderfinanzausgleichs können sicherlich durch Verhandlungen erreicht werden, die dann ab dem Jahr 2020 greifen werden. Bis zur Sommerpause 2012 sollte ein verbindlicher Fahrplan zu einer kurzfristigen Änderung, beispielsweise durch eine Erhöhung des Bundesanteils, vorgelegt werden.

Aber wieder einmal ist vonseiten der Nehmerländer nichts geschehen außer dem Versuch, das Problem auf die lange Bank zu schieben, zu verzögern und zu vertagen.

(Beifall bei der CSU)

Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist es endlich an der Zeit, Klarheit zu schaffen und die ständigen Verzögerungen zu beenden.

Liebe Freunde von der Opposition, was ist denn so falsch daran, wenn Bayern Klage erhebt? Warum wehren Sie sich dagegen, wenn die Bayerische Staatsregierung auf diese Art und Weise die Interessen Bayerns vertritt? Das ist doch die ureigenste Aufgabe der Bayerischen Staatsregierung. Soweit ich mich erinnere, musste jeder Minister und der Ministerpräsident zuvörderst einen Eid auf die Bayerische Verfassung ablegen und ist damit verpflichtet, Schaden von Bayern abzuwenden.

Meine lieben Freunde von der Opposition, geben Sie es zu: Es ist doch ein eindeutiger Schaden, wenn Bayern Jahr für Jahr mehr Geld in den Länderfinanzausgleich einzahlen muss, als es in den Jahren von 1950 bis 1991 jemals daraus erhalten hat.

(Beifall bei der CSU - Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Es ist doch Bayern wirklich nicht zuzumuten, dass wir ständig zusätzliche Ausgaben haben, die schon im nächsten Doppelhaushalt über acht Milliarden Euro betragen werden.

(Beifall bei der CSU)

Warum darf man denn darüber nicht nachdenken, wie man dieses Ausgleichssystem verändern könnte?

(Hans Joachim Werner (SPD): Das müssen Sie Stoiber fragen, der hat das nämlich ausgehandelt!)

- Ihre dummen Sprüche können Sie sich sparen! Es herrscht doch aufseiten der Geberländer Einigkeit darüber, dass man etwas unternehmen muss. Herr Kretschmann muss derzeit noch darauf Rücksicht nehmen, dass er in der Koalition von seiner SPD-Abteilung gehindert wird, sich der Klage anzuschließen. Aber bis zum Winter will er auch das machen. Er will sich unserer Klage anschließen, genauso wie Hessen.

Wir haben bereits vor Jahren als CSU-Parlamentarier im Haushaltsausschuss gefordert, dass das gesamte System des Länderfinanzausgleichs auf den Prüfstand kommen muss. Wir haben gemeinsam mit Kollegen aus anderen Landesparlamenten eine Arbeitsgruppe gebildet, um Vorschläge für eine vernünftige Reform des Länderfinanzausgleichs zu erarbeiten. Auch die GRÜNEN haben mittlerweile Konzepte erarbeitet.

Dass die SPD in diesem Bereich nichts tut, verwundert einen nicht. Es ist ja symptomatisch für die SPD: Sie schläft auch auf anderen Gebieten ziemlich gut.

(Beifall bei der CSU - Zuruf von der SPD: Na, na!)

Dabei ist es hochinteressant, liebe Freunde, dass der nordrhein-westfälische Finanzstaatssekretär Rüdiger Messal von der SPD zwar die Klage Bayerns auf jeden Fall korrigieren will, aber gleichzeitig fordert, den Umsatzsteuervorabausgleich infrage zu

stellen, weil Nordrhein-Westfalen in den letzten Jahren zwei Milliarden Euro abgeben musste. Bravo, Herr Messal! Das nenne ich vernünftig. Wenn schon eine Neuordnung, dann nur eine, von der auch Nordrhein-Westfalen profitiert.

Vergessen hat Herr Messal dabei wahrscheinlich, dass Bayern zusätzlich zu den 3,7 Milliarden Euro, die wir im engeren Sinn beim Finanzausgleich mittragen, noch 1,7 Milliarden Euro Umsatzsteuervorabausgleich zahlt: 5,4 Milliarden Euro im Jahr 2011. Liebe Freunde, das ist eindeutig zu viel!

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Selbstverständlich war Bayern bis zum Jahr 1991 ein Nehmerland, aber seitdem haben wir 38 Milliarden Euro in das System eingezahlt. Die derzeitige Form des Länderfinanzausgleichs ist leistungsfeindlich und ungerecht. Sie hat erhebliche Defizite und erfüllt ihre Funktion als Hilfe zur Stärkung der Eigenständigkeit überhaupt nicht. Der Länderfinanzausgleich muss geändert werden. Darüber sind wir uns im Klaren, und das sogar weitgehend über die politischen Grenzen hinaus.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, sicherlich kennen Sie den russischen Wissenschaftler Pawlow. Herr Pawlow hat festgestellt, dass man Tiere konditionieren kann. Wenn man den Tieren beibringt, dass im Anschluss an ein bestimmtes Geräusch das Fressen kommt, beginnt bei ihnen in freudiger Erwartung auf das Essen schon der Speichelfluss - allein beim Ertönen dieses entsprechenden Geräusches.

Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, kommen mir manchmal ein bisschen so vor wie die Pawlowschen Versuchshunde.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zurufe von den GRÜNEN und der SPD)

Jedes Mal, wenn wir als CSU eine gute Idee zur Förderung der bayerischen Interessen entwickeln, schreien Sie automatisch: Wahlkampfgetöse!

(Zuruf von der SPD: Purer Populismus!)

Das war so beim ausgeglichenen Haushalt, das ist so bei der Schuldentilgung, und das ist jetzt wieder der Fall bei der sehr vernünftigen Interessenvertretung Bayerns beim Länderfinanzausgleich.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zuruf des Abgeordneten Hans Joachim Werner (SPD))

Liebe Freunde, ich kann Ihnen nur raten: Hören Sie endlich auf, konditioniert in den Pawlowschen Reflex zu verfallen und uns jedes Mal Wahlkampfrhetorik vorzuwerfen, wenn wir als CSU die Interessen Bayerns vertreten.

(Zuruf von der SPD)

Unterstützen Sie uns vielmehr dabei, diese Interessen gegenüber anderen Ländern zu vertreten, und versuchen Sie einmal, ein bisschen Gehirnschmalz zu investieren, um eigene Ideen zu entwickeln, wie man Bayern vorwärtsbringen kann.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Helga Schmitt-Bussinger (SPD): Das ist unerhört! Das ist eine Frechheit! - Weitere Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Vielen Dank für die "hohe" Aufmerksamkeit.

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Danke, Herr Kollege. - Im Nachgang darf ich noch bekannt geben, dass die Fraktion der CSU zu diesem Antrag namentliche Abstimmung beantragt hat.

(Georg Schmid (CSU): Sehr gut!)

Es geht weiter in der Aussprache. Der nächste Redner ist Kollege Hallitzky, ihm folgt Herr Kollege Halbleib. Herr Kollege Hallitzky, Sie haben das Wort.

Eike Hallitzky (GRÜNE): Wau, wau!

(Heiterkeit bei den GRÜNEN und der SPD)

Sehr geehrter Herr Lerchenfeld, ich bin zwar ein Hund, aber ich kann auch Deutsch.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Winfried Kretschmann hat einmal gesagt: Der derzeitige Länderfinanzausgleich ist bescheuert! - Ihr Antrag und Ihre Klage sind es auch, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Deshalb überrascht es nicht, dass Horst hier allein zu Haus ist und

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Ich bin hier!)

weder Hessen noch Baden-Württemberg, obwohl sie Geberländer sind und den Länderfinanzausgleich ändern wollen, wollen sich der Klage anschließen. Sie haben mit Recht darauf hingewiesen, dass die GRÜNEN ein Konzept haben, doch auch wir wollen uns dieser Klage nicht anschließen. Es ist auch klar, warum sie und wir das nicht wollen: weil Sie, die CSU und die FDP, hier ein erbärmliches Theaterstück inszenieren,

(Beifall bei den GRÜNEN)

eine verschärfte Neiddebatte pünktlich vor den Wahlen.

Ich muss Ihnen zugestehen: Das, was Sie können, das können Sie gut. Sie haben die Inszenierung dieser Neiddebatte - man braucht sich nur die Medienberichterstattung anzusehen - großartig hinbekommen. Inhaltlich aber löst Ihre Klage kein einziges Problem. Im Gegenteil, sie schafft neue Probleme.

Die Probleme des Länderfinanzausgleichs müssen aber gelöst werden. Er ist dringend reformbedürftig, weil er völlig falsche Anreize für Geber- und für Nehmerländer setzt. Die Folge ist, dass bundesweit dem Fiskus jährlich ein zweistelliger Milliardenbetrag

fehlt, also weit mehr, als der horizontale Länderfinanzausgleich von seinem Gesamtvolumen her ausmacht.

Deshalb und weil die aktuellen Regelungen Ende des Jahrs 2019 auslaufen, haben alle Bundesländer - Geber- wie Nehmerländer - elementares Interesse an einer Neukonstruktion des Länderfinanzausgleichs. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, Verhandlungen, ohne eine eigene konzeptionelle Grundlage zu haben, sind von vornherein zum Scheitern verurteilt. Auf dem Geldsack sitzen und sagen: "Wir geben nichts!", ist keine Konzeption. Wer nicht weiß, wohin er will - worüber will der verhandeln?

Deshalb haben wir GRÜNEN - aus den Geber- und den Nehmerländern gemeinsam - unsere Pflicht als Politiker erfüllt und ein Konzept vorgelegt.

(Karsten Klein (FDP): Wie sieht es denn jetzt aus? Das steht nicht viel drin! Nichts zu finden!)

- Mensch, Kerl, lies es doch einfach mal durch! Das findest du bei uns auf der Homepage.

Sie aber, die Klageweiber der Nation, verweigern seit Jahrzehnten jede konstruktive Aktivität. Das ist ein gravierendes Politikversagen Ihrer Staatsregierung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen auf der rechten Seite, lassen Sie mich auch ein paar Sätze über bundesdeutsche Solidarität verlieren, weil sie im Moment überall in die Tonne getreten wird. Solidarität - ein schönes Wort, das in keiner Ihrer Reden fehlt, aber bei Ihnen leider längst zu einer leeren Hülse verkommen ist. Solidarität ist eine der Grundfesten unserer Gesellschaft. Deswegen schreibt uns auch das Grundgesetz der Bundesrepublik - wir sind kein Staatenbund, sondern eine Bundesrepublik! - die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse als elementare Grundlage unseres föderalen Systems vor. Konkretisiert wird das in Artikel 107, in dem es heißt, "dass die unter-

schiedliche Finanzkraft der Länder angemessen ausgeglichen wird". Wie wollen Sie denn mit Ihrer Einstellung diesen Verfassungsauftrag ernsthaft erfüllen, wenn Sie wissen, dass zum Beispiel ein Land wie Sachsen eine Steuerkraft hat, die nur bei rund 40 % des Bundesdurchschnitts liegt? Ja, da geht es um zweistellige Milliardenbeträge, die im Wesentlichen über den Bund-Länder-Ausgleich bewegt werden. Es ist doch völlig utopisch anzunehmen, das sei ein Problem, das man mit relativ kleinen Summen schon irgendwie lösen könne. Nein, das ist ein riesiges materielles Problem dieser Gesellschaft. Sie aber stellen sich hin und sagen: Nein!

Übrigens ist Ihr Agieren auch wirtschaftspolitisch langfristig desaströs für Bayern. Die bayerische Wirtschaft ist noch viel stärker mit der übrigen deutschen Wirtschaft verflochten als mit der europäischen Wirtschaft. Es liegt im eigenen Interesse Deutschlands, dafür zu sorgen - auch mit unserem Geld -, dass die europäische Wirtschaft nicht zusammenkracht. Genauso liegt es im Interesse Bayerns, dafür zu sorgen, dass der Verfassungsauftrag der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse auch in der Wirklichkeit gelebt wird. Denn diese Solidarität und die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse bilden die Grundlage für unsere Prosperität in Bayern.

Übrigens hat Bayern selbst Solidarität erfahren, insbesondere in den Jahren des Wiederaufbaus. Das wissen Sie doch selbst. So naiv sind Sie doch nicht, dass Sie annehmen würden, es sei die Bayerische Staatsregierung gewesen, die für unser nachhaltiges Wirtschaftswachstum gesorgt habe. Es war die glückliche Fügung von zwei Faktoren. Der erste Faktor: Wir hatten genau in der Phase des Wirtschaftswunders einen Neugründungsboom in Bayern, finanziert auch mit Mitteln der damals starken Bundesländer. Damals redeten wir über eine gigantische neue Industrialisierung in Deutschland. Zweiter Faktor: Länder wie NRW oder Baden-Württemberg - NRW mit seiner alten Schwerindustrie - haben uns über 40 Jahre hinweg die finanziellen Mittel gegeben, dass wir diesen Boom ausnutzen und in dieser Zeit neue, junge Industrien aufbauen konnten. Seitdem haben wir moderne Industrien, während die kohlebasierte Schwerindustrie entsprechend ihrem Lebenszyklus den Bach runterging. Daher ist völ-

lig klar, dass Solidarität jetzt in die umgekehrte Richtung geübt wird und wir dort den Umbau hin zu neuen Industrien mitfinanzieren. Das ist logisch und ergibt sich aus der Solidarität, die Bayern selbst erfahren hat.

(Beifall bei den GRÜNEN - Georg Schmid (CSU): Reden Sie für Bayern? Für wen reden Sie?)

Kollege Schmid: Wenn ich mir das Milliardenversagen bei der Maxhütte anschaue, dem einzigen schwerindustriellen Standort, den Sie je in Bayern hatten, dann würde ich an Ihrer Stelle ganz ruhig sein und nicht ein kritisches Wort über NRW verlieren, ein Land, das diese Problematik in hundertfacher Dimension zu bewältigen hatte.

(Zuruf von der CSU)

- Jetzt seien Sie mal ruhig. Melden Sie sich nachher zu Wort.

Noch einmal: Unser Wohlstand in Bayern beruht auf bundesdeutscher Solidarität. CSU und FDP schaden mit ihrer unsolidarischen Politik, die leider imagebildend in ganz Deutschland ist - jeder versucht, sich auf seine Insel zurückzuziehen -, der wirtschaftlichen Prosperität und den langfristigen Interessen nicht nur Deutschlands insgesamt, sondern auch Bayerns.

(Zuruf von der CSU: Das glauben Sie doch selbst nicht!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen auf der rechten Seite des Hauses, gegenüber Europa spielen Sie Ihre falsche Neidkarte, und das mit einer ebenso end- wie folgenlosen Kaskade roter Linien - ein Stück, das das Publikum mittlerweile zu Recht anödet. Innerhalb Deutschlands legen Sie keine Konzepte zur Reform des Länderfinanzausgleichs vor - was Sie müssten -, weil Ihnen das die feine Möglichkeit nehmen würde, mit einer laut betrommelten Klage vor dem Bundesverfassungsgericht kurz vor der Wahl die Neidkarte zu spielen.

(Thomas Hacker (FDP): Was sagen denn die GRÜNEN in Baden-Württemberg zu Ihrem Vorschlag?)

Doch diese Klage ist nicht nur typische Mia-san-mia-Symbolpolitik zu Wahlzeiten, sondern schadet auch bayerischen Interessen. Ich habe einige Elemente genannt. Denn die Klage ist - -

(Zuruf des Abgeordneten Georg Schmid (CSU), dabei den Telefonhörer in der Hand haltend)

- Sie können nicht gleichzeitig telefonieren, mir reinreden und sich hier aufmandeln. Halten Sie bitte Ihren Mund!

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD - Georg Schmid (CSU): Ihre schlechteste Rede seit Langem! - Weiterer Zuruf von der CSU: Ist eigentlich der Präsident auch da?)

Mit dieser Klage feiert nicht nur die typische Mia-san-mia-Politik zu Wahlkampfzeiten fröhliche Urständ, sondern Sie schaden, wie gesagt, auch bayerischen Interessen.

(Georg Schmid (CSU): Man weiß ja gar nicht, welche Interessen Sie vertreten!)

Erstens. Ihre Klage ist schädlich, weil alle Beteiligten, Geber- wie Nehmerländer, bis zur Entscheidung durch das Verfassungsgericht wie ein Kaninchen vor der Schlange stehen und nichts tun werden - das zeigt die Erfahrung mit all diesen Klagen -, obwohl Verhandlungen besser heute als morgen beginnen sollten. Sie verhindern genau das jedoch mit Ihrer Klage.

(Georg Schmid (CSU): Sie sind gegen bayerische Interessen!)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Herr Kollege Hallitzky, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Eike Hallitzky (GRÜNE): Nein, dann bekomme ich Ärger wegen der Redezeit. Machen Sie bitte eine Zwischenbemerkung.

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Danach bitte. - Weiter geht's.

Eike Hallitzky (GRÜNE): Söder hat gesagt, das größte Risiko sei es, dass alles so bleibe, wie es ist. Mit Ihrer Klage tragen Sie genau dazu bei, dass dieses größte Risiko eintritt: In den nächsten drei Jahren wird alles so bleiben, wie es ist - Punkt.

Zweitens. Glauben Sie mir: Das Verfassungsgericht wird Ihnen von der CSU nicht den Gefallen tun und Ihnen die Arbeit abnehmen, obwohl Sie das gern hätten. Es bleibt auf jeden Fall Aufgabe der Politik, einer neuen Staatsregierung - hier sehen Sie sie -,

(Zeigt auf die GRÜNEN und die SPD - Lachen bei der CSU und der FDP)

über ein neues Ausgleichssystem zu verhandeln. Viel mehr als die Aufforderung an die Länder, zu verhandeln, ist bei den bisherigen Verfassungsgerichtsentscheidungen dazu auch nicht herausgekommen. Wir sollten uns die paar Jahre Stillstand wirklich ersparen.

Wer über die Neugestaltung des Finanzausgleichs verhandeln und tatsächlich weiterkommen will, der klagt nicht, sondern entwickelt ein Konzept, in dem er auch die Interessen der Nehmerländer berücksichtigt, damit Verhandlungen überhaupt stattfinden können. Dass Sie dies in all den langen Jahren verweigert haben, zeigt doch: Sie wollen gar keine Verhandlungen! Sie wollen nur einen Wahlkampfgag bringen - das haben Sie getan -, auch wenn er noch so teuer ist. Ich habe auf die Schädlichkeit politischer Neiddebatten im Wahlkampf hingewiesen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der bayerische Finanzminister, den der Länderfinanzausgleich anscheinend nur dann etwas angeht, wenn er seine Position dazu vor den Medien vertritt, aber nicht dann, wenn wir im Landtag darüber debattieren,

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

hat kürzlich noch getönt: "Wir sind solidarisch, aber blöd sind wir nicht!" Dummerweise ist es mit dem materiellen Gehalt - nicht mit dem Showeffekt - Ihrer Politik genau umgekehrt. Sagen Sie es bitte Herrn Söder: Sie sind unsolidarisch, und blöd sind Sie auch noch.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD - Widerspruch von der CSU - Georg Schmid (CSU): Ihre schlechteste Rede!)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Einen Moment noch, Herr Kollege Hallitzky! Mit Ihrer Formulierung zur Blödheit sind Sie vielleicht etwas über das Ziel hinausgeschossen. Aber wir haben jetzt noch die Möglichkeit, das zu korrigieren, nämlich durch eine Zwischenbemerkung des Kollegen Graf von und zu Lerchenfeld. Bitte schön, Herr Kollege.

Philipp Graf von und zu Lerchenfeld (CSU): Ich gehe davon aus, dass Sie uns zumindest so viel Intelligenz zuweisen wie Ihrem Kollegen Herrn Kretschmann aus Baden-Württemberg, den Sie wohl nicht als blöd bezeichnen würden. Insofern könnten Sie sich dafür ruhig entschuldigen. Das ist das Erste.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Das Nächste: Sie sollten sich einmal darüber klar werden - -

(Unruhe)

Eike Hallitzky (GRÜNE): Entschuldigung, Herr Präsident, aber wenn er redet, während ich zuhöre, ist das ein bisschen unglücklich.

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Bitte schön.

Eike Hallitzky (GRÜNE): Können Sie bitte den zweiten Teil wiederholen?

Philipp Graf von und zu Lerchenfeld (CSU): Es ist immer besser, wenn wir nacheinander und nicht alle zusammen reden. Das ist ganz klar. - Lieber Kollege Hallitzky,

Sie sollten sich doch im Klaren darüber sein, dass die hohe Wirtschaftskraft Bayerns zunächst einmal darauf beruht, dass wir fleißige Unternehmer, gescheite Arbeitnehmer und eine vernünftige Politik der CSU haben. Das hat uns vorwärts gebracht.

(Beifall bei der CSU)

Das hat uns in die Lage versetzt, in 20 Jahren 38 Milliarden zurückzuzahlen, obwohl wir zuvor - in immerhin 41 Jahren! - nur 3,4 Milliarden erhalten hatten. So schaut es in Wirklichkeit aus.

Auch das sollten Sie zur Kenntnis nehmen. Dass aber Verhandlungen ohne Ergebnis geführt wurden und dass von den Kollegen unseres Ministerpräsidenten nicht einmal ein Zeitplan bis zum Sommer vorgelegt wurde, wie es vereinbart war, hat dazu geführt, dass wir jetzt klagen. Ich halte das für richtig, damit wir den Druck erhöhen und endlich etwas vorwärts geht, nicht nur verzögert wird und nicht alles auf die lange Bank geschoben wird.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Bitte schön, Herr Kollege Hallitzky.

Eike Hallitzky (GRÜNE): Sehr geehrter Kollege Graf von und zu Lerchenfeld, zur ersten Behauptung sage ich Nein. Das war die Frage, ob ich Ihnen genauso viel zutraue wie Herrn Kretschmann.

Zur zweiten Behauptung sage ich zum Teil Ja. Es waren die Bürgerinnen und Bürger und die Unternehmerinnen und Unternehmer Bayerns. Sie haben noch etwas gesagt; dem würde ich so nicht zustimmen.

(Zuruf von der CSU: Und die Arbeitgeber?)

- Die Unternehmerinnen und Unternehmer und die Bürgerinnen und Bürger. Dazu gehören eigentlich alle.

(Zurufe von der CSU: Und die CSUler?)

- Auch CSUler gehören dazu. Auch GRÜNE gehören dazu. Vielleicht können wir die semantischen Fragen hinterher im Privatgespräch klären.

(Oliver Jörg (CSU): Wollen Sie sich nicht entschuldigen?)

Drittens. Alle sagen, dass der Finanzausgleich reformiert werden muss. Ich werfe Ihnen nur vor, dass Sie klagen und kein Konzept haben. Sie behaupten, dass Sie verhandeln, haben aber kein Konzept. Über was denn, wenn Sie nicht wissen, was Sie wollen, abgesehen davon, dass Sie weniger zahlen wollen? Das ist kein Konzept.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben heute den Antrag gestellt, dass Sie Ihr Konzept vorlegen sollen. Das werden Sie ablehnen, weil Sie gar kein Konzept haben. Sie können nichts vorlegen. Es ist aber Ihre verdammte Pflicht, das zu erledigen.

(Unruhe)

Ich würde Sie bitten, bei Ihren eigenen Leuten, bei Herrn Söder oder bei wem auch immer, nachzubohren und zu erkunden, warum da nichts weitergeht.

Erlauben Sie mir noch die Anmerkung: Herr Präsident, ich nehmen den leisen Tadel gerne an. Ich habe aber das Wort "blöd" nur aus der Veröffentlichung von Herrn Söder zitiert.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD - Lebhafter Widerspruch bei der CSU - Oliver Jörg (CSU): Das lassen wir so nicht stehen!)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Nächster Redner ist Herr Kollege Halbleib. Ihm folgt Herr Kollege Pointner.

(Zurufe von der CSU - Unruhe)

Ich bitte um Aufmerksamkeit. Herr Kollege Halbleib, bitte schön.

Volkmar Halbleib (SPD): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei aller verbalen Kraftprotzerei an diesem Podium bei dem Thema ist schon erstaunlich, dass die CSU so nervös ist, was die Reaktionen während der Plenardebatte zeigen.

(Lachen bei der CSU)

Das verstehe ich auch gut; denn unstrittig ist doch, dass wir als Landtag - für die SPD-Fraktion gilt das seit 2008 - immer wieder, auch in Anträgen dokumentiert, eine Neuregelung des bundesstaatlichen Finanzausgleichs gefordert haben. Wir haben immer gesagt, dass wir Ausgleichsmechanismen mit dem Ziel der Reduzierung der bayerischen Belastungen brauchen und dass wir auch eine Korrektur von Fehlanreizen im Länderfinanzausgleich brauchen. Beim gegenwärtigen System sind sowohl Geber- als auch Nehmerländer mit falschen Anreizstrukturen konfrontiert. Es fehlen die Anreizstrukturen, um Steuereinnahmen vernünftig zu generieren.

(Beifall bei der SPD)

Es ist unstrittig und eine von uns immer wieder vorgetragene Forderung, dass diese Neuregelung in Angriff genommen werden muss.

Herr Graf von und zu Lerchenfeld, was Sie in drei Punkten hier vorgetragen haben, trifft Sie selbst am stärksten. Sie stellen mit der Klage doch Ihre eigene Regierungspolitik in Verantwortung der CSU in Frage. Wer trägt denn dafür die Verantwortung, dass der Länderfinanzausgleich so ist, wie wir ihn heute kritisieren und wie Sie ihn verfassungsgerichtlich angreifen wollen? - Die Verantwortung dafür trägt die CSU in diesem Hause und in ihrer Verantwortung im Bundesrat. Wenn Sie hier monieren, ist das eine Selbstanklage der CSU. Das ist eine Klage der CSU gegen die CSU wegen Selbstschädigung des Freistaates Bayern, nichts anderes.

(Widerspruch bei der CSU - Unruhe)

Es ist schon eine historisch einmalige Situation, dass der Ministerpräsident des Freistaates Bayern gegen ein Gesetz klagen will, das er in namentlicher Abstimmung im Bundestag selbst mit beschlossen hat.

(Georg Schmid (CSU): Neue Lage, neue Entscheidung!)

Sie können sich von Ihrer Verantwortung nicht lossprechen, indem Sie solche Schauspiele im Wahlkampfaktionismus darbieten. Das ist ein Desaster für Ihre eigene Politik. Sie waren es, die geschlafen haben und die bis zu dieser Stunde dem Bayerischen Landtag keine einzige Zeile eines Konzepts vorgelegt haben, wo und wie Sie den Länderfinanzausgleich korrigieren wollen. Diese Art und Weise des Umgangs mit diesem Thema ist nicht akzeptabel. Wenn hier jemand Pawlowsche Reflexe zeigt, dann sind Sie es: Sie legen kein Konzept vor und sagen immer wieder, wir müssen den Finanzausgleich korrigieren. Bitte sagen Sie der Bevölkerung in Bayern, wo und wie Sie den Länderfinanzausgleich korrigieren wollen; dann können wir vernünftig darüber reden. Bisher haben Sie das nicht getan.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN - Georg Schmid (CSU): Wir wollen nicht mehr so viel zahlen! So einfach ist das!)

Herr Ministerpräsident, liebe Regierungsfraktionen der CSU und der FDP, warum haben Sie bisher kein Konzept vorgelegt? Diese Frage ist nicht beantwortet, und sie bleibt auch unbeantwortet.

Ich will jetzt auf einige Knackpunkte Ihrer Strategie des Umgangs mit diesem schwierigen Thema eingehen. Herr Ministerpräsident und sehr geehrte Staatsregierung, Sie haben den Landtag bis zu dieser Stunde nicht darüber informiert , welche Änderung Sie anstreben und aufgrund welchen Vorschlags - jetzt wird es ganz spannend - Sie welche Gespräche mit welchem Ergebnis mit den anderen Bundesländern geführt haben und welche Regelungen des Finanzausgleichs Sie ganz konkret mit welcher Begründung für verfassungswidrig halten. Keine Antwort von Ihnen! Sagen Sie uns, wie und mit welcher Begründung Sie die Erfolgsaussichten einer Verfassungsklage

einschätzen und welches Risiko Sie bei einer abschlägigen Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes für die Interessen Bayerns sehen. Welche Risiken sehen Sie, wenn vom Bundesverfassungsgericht zwar keine abschlägige Entscheidung, aber eine den Einfluss Bayerns schwächende Entscheidung kommt? Haben Sie diese Risiken abgewogen? Dem Hohen Hause haben Sie bis heute keine einzige Zeile zur Abschätzung dieser Risiken vorgelegt.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt muss man doch einmal fragen, warum Sie eine Verfassungsklage zum gegenwärtigen Zeitpunkt für zielführend halten, nachdem doch die jetzt von Ihnen angegriffene Regelung des Länderfinanzausgleichs gerade nach einer früheren Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zustande kam. Mir erschließt sich diese Logik nicht. Ich glaube, dass wir gut beraten sind, die Wahrnehmung bayerischer Interessen anders zu verstehen als Sie. Es ist keine Wahrnehmung bayerischer Interessen, wenn die Staatsregierung gegen eine Regelung klagt, die sie erstens selbst ausverhandelt, beschlossen und als gut für Bayern beschrieben hat, und wenn, zweitens, die gemeinsame Interessenwahrung der Geberländer durch die gegenwärtige Vorgehensweise der Staatsregierung gefährdet wird und wenn, drittens, durchsichtige parteipolitische und wahltaktische Manöver die Diskussionen und Entscheidungen über eine Verfassungsklage bestimmen. Die Staatsregierung hat doch stets betont - auch das halte ich für einen Fehler -. Bayern sei das reichste und beste Land und habe keinerlei offene landespolitische Baustellen. Das wird den Reformprozess und das Verständnis der anderen Länder dafür nicht wecken.

Abschließend stelle ich fest: So, wie die offiziellen und inoffiziellen Stellungnahmen der Staatsregierung im Augenblick aussehen, besteht die Gefahr, dass wir den horizontalen Länderfinanzausgleich überhaupt und damit einen wichtigen Baustein des Föderalismus infrage stellen. Ich fordere Sie daher von dieser Stelle aus auf, endlich ein überzeugendes Reformkonzept vorzulegen. Das sind Sie dem Landtag und den Bürgerinnen und Bürgern bisher schuldig geblieben.

(Beifall bei der SPD)

Wir beauftragen Sie heute, endlich mit dem ernst zu machen, was Sie stets im Munde führen, nämlich die Interessen Bayerns konsequent mit einem vernünftigen Konzept zu verfolgen. Das sollen Sie endlich mit mehr Glaubwürdigkeit und Überzeugungskraft tun, die Ihnen im Augenblick fehlen. Deshalb ist es sehr wahrscheinlich, dass erst eine neu formierte Staatsregierung, eine Reformkoalition, dieses Thema für Bayern angeht.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN - Widerspruch bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Halt, noch einen Moment, Herr Kollege Halbleib. Uns liegt noch eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. Bitte, Herr Kollege Steiner.

Klaus Steiner (CSU): Herr Kollege, stimmen Sie mir darin zu, dass es wesentlicher Bestandteil und wesentlicher Grundsatz der Regelungen zum Länderfinanzausgleich war, dem ganz klar auch Bayern zugestimmt hat, dass die Zahlungen Hilfe zur Selbsthilfe sind? Stimmen Sie mir darin zu, dass die Nehmerländer mit diesem Geld ihre Haushalte in Ordnung zu bringen und Strukturen zu schaffen haben, damit sie endlich auf eigenen Füßen stehen können? Stimmen Sie mir darin zu, dass Bayern in der Zeit, als es Nehmerland war, dieser Verpflichtung in hervorragender Weise nachgekommen ist, während Länder wie Berlin vertragswidrig handeln und den laufenden Betrieb über den Länderfinanzausgleich finanzieren, ohne auch nur daran zu denken, zu sparen oder die Strukturen zu verbessern?

Stimmen Sie mir zu, dass man im Privatrecht - im BGB - ein solches Verhalten als Vertragsverstoß, vielleicht als Wegfall der Geschäftsgrundlage werten würde und dass so etwas gegen Treu und Glauben verstößt? Stimmen Sie mir zu, dass Bayern jetzt handeln muss, weil Ihre Finanzabenteurer, wie zum Beispiel Herr Wowereit, der nicht einmal die Finanzmittel hat, um seine Müllabfuhr und seinen Christopher-Street-Day zu bezahlen, jetzt Geld rausschmeißen, das wir in Bayern dringend brauchen würden?

Wir dürfen diesen Politabenteurern, die momentan ganz Europa mit Schulden in den Abgrund stürzen, das Feld nicht überlassen.

(Beifall bei der CSU - Alexander König (CSU): So viel Wahrheit auf einmal ist schwer zu ertragen!)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Bitte, Herr Kollege Halbleib.

Volkmar Halbleib (SPD): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Kollege Steiner, Sie konnten das nicht sehen, aber Ihr Fraktionsvorsitzender hat insbesondere beim letzten Teil Ihrer Frage das Gesicht sichtlich gekrümmt. Ich vermute, dass dies mit Ihren unhaltbaren Aussagen zusammenhängt. Ich möchte ein paar Bemerkungen machen: Wenn etwas gegen Treu und Glauben verstößt, ist es die Art und Weise, wie Sie mit dem Länderfinanzausgleich umgehen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ihr Problem ist doch, dass der damalige Ministerpräsident Dr. Stoiber und der jetzige Ministerpräsident Seehofer diesem Länderfinanzausgleich, der erst ab 2005 gegriffen hat, zugestimmt haben. Sie haben ihn hier im Bayerischen Landtag als Erfolg und als gute Lösung für Bayern gepriesen. Jetzt wollen Sie aus puren wahlkampfpopulistischen Gründen diese Verantwortung nicht mehr wahrnehmen.

(Georg Schmid (CSU): Ihr Problem ist, dass Sie keine bayerischen Interessen vertreten!)

Sie machen der Bevölkerung ein X für ein U vor. Das ist Ihr Problem.

(Georg Schmid (CSU): Herr Kollege Halbleib, mit Ihrer Rede vertreten Sie keine bayerischen Interessen!)

- Ich bedanke mich für die Zwischenrufe. Das Problem ist die Wahrnehmung bayerischer Interessen durch die CSU und durch den heutigen Ministerpräsidenten damals

im Bundestag. Das Ergebnis ist, dass wir jetzt eine massive Belastung haben. Das war Ihre Wahrnehmung der bayerischen Interessen.

(Georg Schmid (CSU): Stimmen Sie für eine Klage, dann sehen wir es doch!)

Wir nehmen die bayerischen Interessen wahr, indem wir ein klares Konzept auf den Tisch legen. Wir wollen mit den anderen Bundesländern verhandeln und nicht fahrlässig mit dem Verfassungsgericht umgehen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN - Georg Schmid (CSU): Machen wir eine namentliche Abstimmung! Dann müssen Sie Farbe bekennen, Herr Halbleib!)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Der nächste Redner, Herr Kollege Pointner, ist schon unterwegs. Ich darf Ihnen das Wort geben.

Mannfred Pointner (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben das Thema Finanzausgleich in diesem Jahr schon dreimal behandelt. Herr Kollege Klein, ich kann mich erinnern, dass Sie von einem Gutachten gesprochen haben. Sie wollten mir dieses Gutachten geben; das haben Sie aber nicht gemacht. Gibt es ein solches Gutachten, oder gibt es keines? Das wäre ganz interessant.

(Thomas Hacker (FDP): Einfach noch einmal anrufen! Das haben wir da!)

Schauen wir uns einmal die Fakten an: Im Jahre 2001 wurde der Finanzausgleich ausgehandelt. Das ist unbestritten. Er wurde mit den Stimmen der CSU-Fraktion im Bundestag und mit der Zustimmung des Landes Bayern beschlossen.

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Mit der Folge, dass eine Milliarde Euro weniger bezahlt wurde!)

- Das hätte ich jetzt gesagt.

Sie haben damals ein Maßnahme-Gesetz und ein Finanzausgleichsgesetz beschlossen. Seither sind keine Änderungen dieser Gesetze erfolgt. Sie gelten noch genauso wie damals. Die Auswirkungen: Zunächst gab es bei den Zahlungen einen Rückgang. Die Hessen und die Baden-Württemberger haben mehr gezahlt. Jetzt zahlt Bayern etwa um die Hälfte mehr, die Hessen und die Baden-Württemberger weniger. Allerdings blieb der Gesamtbetrag mit etwa 7,5 Milliarden Euro in etwa gleich. Solange die anderen mehr und die Bayern weniger gezahlt haben, hat das wohl keine so große Rolle gespielt.

Für uns ist klar: Der Finanzausgleich muss geändert werden, weil für die Länder keine Anreize bestehen. Zusätzliche Einnahmen gehen weitgehend in die Ausgleichsleistung. Deshalb stellt Bayern auch keine Steuerprüfer oder Steuerfahnder ein; denn wenn 75 % der Einnahmen wieder abgeführt werden müssen, rentieren sich die nicht. Das ist Fakt. Das müssen wir so festhalten.

Wenn diese Regelung nun verfassungswidrig ist und wenn eine Klage erhoben werden soll, sollte sie sofort und schnellstmöglich erhoben werden; denn mit jedem Jahr gehen dem Freistaat Bayern weitere Finanzmittel verloren. Herr Ministerpräsident, wenn diese Regelung verfassungswidrig ist, haben Sie damals etwas ausgehandelt, was zum Nachteil Bayerns ist.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN - Georg Schmid (CSU): Die Fakten haben sich geändert!)

Das hat sich jetzt herausgestellt. Diesen Missstand müssen wir so schnell wie möglich beseitigen.

Herr Kollege Schmid, die Fakten haben sich nur bei den Zahlen geändert. Der Inhalt des Gesetzes hat sich aber nicht geändert. Ein Gesetz kann nur insgesamt verfassungswidrig sein, und nicht nur dann, wenn ein Bestimmter mehr zu zahlen hat. Darüber können wir nachher noch reden.

Wir müssen verhindern, dass Bayern aufgrund eines verfassungswidrigen Vertrages noch mehr Geld in den Finanzausgleich hineinzahlen muss. Wir dürfen deshalb nicht abwarten, sondern müssen das schnellstmöglich erledigen. Vielleicht kann man diese Frage mit den Themen ESM und ESFS verbinden; denn hier geht es um vergleichbare Fälle. Morgen wird im Bund beschlossen, dass die spanischen Banken unterstützt werden. Das ist ebenfalls eine Art Finanzausgleich innerhalb Europas. Wir könnten diese Fragen gleich anhängen. Bitte werden Sie hier aktiv.

Die Klage wird in zweierlei Hinsicht Klarheit bringen. Deshalb unterstützen wir sie. Wenn die Klage Verfassungswidrigkeit ergibt, können wir die Verantwortlichen suchen, die damals zugestimmt haben. Das waren Sie von der CSU bzw. Ihre Kollegen im Bundestag. Die CSU war auf jeden Fall daran beteiligt. Ist die Klage nicht erfolgreich, haben Sie offenbar nur ein Ablenkungsmanöver gemacht, um dieses Thema in den Wahlkampf zu bringen. Ich sehe das leidenschaftslos. Wenn Sie ein Gutachten haben und sicher sind, dass eine Klage erfolgreich ist, sollten Sie klagen.

Eines möchte ich betonen: Die beiden Dringlichkeitsanträge der GRÜNEN und der SPD sind in Ordnung. Wenn klar ist, dass nichts weitergeht, muss man die Klage aus den von mir genannten Gründen führen. Nur eine Aufforderung: Sie sollten parallel weitere Verhandlungen führen. Ich denke, dass die Klage ein Anstoß ist. Eine Verhandlungslösung sollte aber nicht ausgeschlossen werden. Ich möchte einmal eine Einschätzung abgeben: Sie wollen die Klage einreichen. Das geschieht vielleicht nicht gleich, sondern erst kurz vor der Wahl, damit vorher nicht entschieden wird. Dann wird diese Klage zwei Jahre beim Bundesverfassungsgericht rumliegen. In den Jahren 2016 oder 2017 wird dann eine Entscheidung fallen, obwohl das Jahr 2019 vor der Türe steht. Das bringt uns nichts. Wir brauchen gleich eine Klärung. Deswegen unterstützen wir diese Klage. Noch einmal: Wir brauchen das Gutachten und sollten weiterverhandeln.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Herr Kollege Klein ist der nächste Redner.

Karsten Klein (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte versuchen, die Debatte zu versachlichen.

(Tanja Schweiger (FREIE WÄHLER): Jetzt hat Herr Kollege Pointner schon so sachlich gesprochen!)

Herr Kollege Hallitzky ist gerade aus dem Raum gestürmt. Eine Versachlichung ist sicher sinnvoll.

Ich möchte zunächst noch einmal sagen, was passiert ist. Die FDP-Fraktionen aus Hessen, Baden-Württemberg und Bayern haben am 29. Juni 2010 ein Gutachten in Auftrag gegeben. Dieses Gutachten hatte vor allem den Sinn, sich noch einmal damit auseinanderzusetzen, ob der aktuelle Länderfinanzausgleich noch verfassungskonform ist oder nicht. Dies ist die erste Frage, die man angehen muss, wenn man sich diesem Thema widmet. Das Gutachten wurde am 24. September 2010 vorgestellt. Die FDP-Fraktion hat dem Hohen Haus am 19. Oktober 2010 die Möglichkeit gegeben, im Rahmen einer Aktuellen Stunde über das Ergebnis dieses Gutachtens zu diskutieren. Jeder kann das im Protokoll nachlesen. Schon damals war die Reaktion vonseiten der GRÜNEN und der SPD nur, dieses Thema in die Lächerlichkeit zu ziehen und schlechte Argumente anzuführen. Mit der Sache selbst haben Sie sich aber damals nicht auseinandergesetzt.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Nachdem wir festgestellt haben - ich werde darauf gleich noch einmal im Detail eingehen -, dass der aktuelle Länderfinanzausgleich klare Elemente von Verfassungswidrigkeit aufweist, haben die FDP-Fraktionen von Hessen, Baden-Württemberg und Bayern ein zweites Gutachten in Auftrag gegeben. Das Ziel war, Veränderungsmöglichkeiten zu erarbeiten. Dieses Gutachten wurde am 16. März 2012 in Auftrag gegeben. Wir erwarten das Ergebnis im Herbst 2012.

Damit entkräften wir schon den allerersten Vorwurf, den Herr Kollege Hallitzky bereits mehrmals erhoben hat, dass nichts getan würde. - Nein, Herr Kollege Hallitzky, wir arbeiten die Themen sachlich und lösungsorientiert ab und werden von dieser Position aus nicht ständig Luftblasenangriffe starten. Wir werden die Problematik sachlich lösen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der FDP)

Ich möchte zwei Gründe anreißen, warum wir eine Verfassungsproblematik sehen.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kollege Klein, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

Karsten Klein (FDP): Nein; das können wir am Ende machen.

Zum einen geht es - das habe ich hier schon mehrmals ausgeführt - um die Bundesergänzungszuweisungen und um das verfassungsrechtliche Nivellierungsverbot des Länderfinanzausgleichs. Beim Länderfinanzausgleich haben wir nämlich am Ende bei den Pro-Kopf-Steuereinnahmen der Bundesländer praktisch ein ausgeglichenes Niveau. Dies darf laut Grundgesetz, laut unserer Verfassung nicht entstehen. Die Situation ist aber momentan so. Man muss doch auch einmal anerkennen, dass an dieser Stelle Nachbesserungsbedarf vorhanden ist, statt ständig unsere Vorstöße zu attackieren.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Zum anderen ist es schon erschreckend, dass es im Länderfinanzausgleich zusätzliche Mittel, Sonderbedarfsmittel für die politische Führung gibt. Wenn von 16 Bundesländern 10 nicht in der Lage sind, ihre politische Führung zu finanzieren, sondern aus dem Topf Geld bekommen müssen, wird doch endlich klar, dass dieses System nicht mehr zukunftsfähig ist und geändert gehört, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der FDP)

Wir sind dabei, diese Schritte abzuarbeiten. Wir arbeiten daran. Wir haben gemeinsam mit der CSU, der Staatsregierung, den Nehmerländern ein Gesprächsangebot, ein Verhandlungsangebot gemacht - dreimal schon, Herr Ministerpräsident. Jetzt muss festgehalten werden, dass bisher vonseiten der Nehmerländer außer warmer Worte und Pressekonferenzen überhaupt nichts passiert ist.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Sie betreiben eine Hinhaltetaktik, die für die Bürgerinnen und Bürger in Bayern nicht auszuhalten ist. Wir werden das nicht zulassen. Wir haben von Anfang gesagt: Wenn es kein ernst zu nehmendes Verhandlungsangebot mit Milestones und Eckpunkten gibt, werden wir die Verhandlungen zwar gerne weiterführen, aber parallel auch den Klageweg einschlagen, weil wir dies den Bürgerinnen und Bürgern und den Steuerzahlern in Bayern einfach schuldig sind.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Ich komme dazu, dass von Ihnen, Herr Kollege Hallitzky, von diesem Pult aus immer gerne vollmundige Worte gesprochen werden. Ich werde sagen, was von Ihrer Seite eigentlich passiert ist. Sie erzählen immer, dass Sie gemeinsam mit den GRÜNEN-Kollegen ein Konzept vorgelegt haben. Wo ist denn das Konzept? Weder auf der Internetseite der Fraktion der GRÜNEN in Bayern noch in Hessen noch in Baden-Württemberg finden Sie dieses Konzept. Das Einzige, was in Baden-Württemberg zu finden ist, ist eine Zusammenfassung. Ich will Ihnen nun sagen, was gemäß dieser Zusammenfassung Kern Ihrer Reform ist.

Sie wollen einen kompletten Systemwechsel, nämlich von einem horizontalen Länderfinanzausgleich zu einem vertikalen Länderfinanzausgleich. Warum wollen Sie das? - Nicht, weil das besser ist, sondern weil es Ihnen und Ihren Kolleginnen und Kollegen in Nordrhein-Westfalen unter anderem auf die Nerven geht, dass die Bayern, die das Geld geben, ständig sagen: Strengt euch mehr an, damit ihr besser werdet. Das ist

doch der Grund. Ihr wollt diese Diskussion nicht mehr haben. Das ist aber kein Grund für einen Systemwechsel.

(Alexander König (CSU): Leistungsfeindliche Partei!)

Dann kommt in drei Punkten, dass ihr die Bedarfsausweitung anvisiert. Die Arbeitslosenzahlen und der demografische Wandel sollen mehr berücksichtigt werden. Ich möchte an dieser Stelle sagen: Wir haben uns schon mit euren Konzepten auseinandergesetzt.

(Margarete Bause (GRÜNE): Dann kennt ihr es ja doch!)

- Das ist die Zusammenfassung. Sie sollten vielleicht besser zuhören. Ich habe eben gesagt, dass man diese Zusammenfassung auf der Internetseite der GRÜNEN in Baden-Württemberg abrufen kann. Mehr als die drei Punkte, die ich jetzt nenne, stehen dort nicht. Das ist etwas wenig - darauf komme ich aber gleich noch.

Sie wollen den demografischen Wandel und die durchschnittliche Bevölkerungsdichte mehr berücksichtigt haben. Ich möchte Ihnen eines klipp und klar sagen: Unsere Vorgehensweise und unsere Zielrichtung sind anders. Wir wollen nämlich weniger Berücksichtigung der Bedarfanalysen, da diese Bedarfsanalysen kritisch zu betrachten sind. Sie hingegen wollen noch mehr solcher Analysen. Die Arbeitslosenzahlen in den Bundesländern, auch wenn Sie immer meinen, dass sie vom Himmel fallen und gottgegeben sind, sind Ausdruck der politischen Arbeit vor Ort, und dafür müssen Sie auch zur Rechenschaft gezogen werden. Das können Sie nicht im Länderfinanzausgleich gegenrechnen. Deswegen lehnen wir das ab.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Die FDP wird in ihrem Gutachten drei Ziele forcieren. Es geht um eine stärkere Anreizorientierung und um eine Entkoppelung der Verteilungsmechanismen von der Bedarfsorientierung - genau das Gegenteil von dem, was Sie wollen. Es ist überhaupt nicht erstaunlich, dass wir verschiedene Wege einschlagen. Schließlich möchten wir

eine größere Steuerautonomie der Bundesländer. Wir werden mit Sicherheit noch viel miteinander zu diskutieren haben.

Eines muss an dieser Stelle auch klar sein - das möchte ich am Ende noch einmal klipp und klar sagen -, nämlich die Botschaft nach außen. Unsere Botschaft ist: Dieser Länderfinanzausgleich ist schräg. Er ist schräg aufgrund der Punkte, die ich vorhin erwähnt habe; aber er ist auch schon schräg, weil die Bayern mittlerweile 50 % des Aufkommens tragen. Deshalb muss er geändert werden.

Wir setzen uns ein für eine Verbesserung, für eine Anreizorientierung in Deutschland. Das ist das klare Signal nach draußen, dass wir die Interessen der bayerischen Bürgerinnen und Bürger und der Wählerinnen und Wähler wahrnehmen. Ihre Botschaft lautet einfach, ständig die Staatsregierung zu attackieren, weil sie sich auf Bundesebene aufstellt, um diesem Ziel näherzukommen. Sie schwächen gemeinsam mit Ihren Kolleginnen und Kollegen, die in den Nehmerländern sitzen, die bayerische Position auf Bundesebene. Das finde ich ein schlechtes Signal. Wir setzen andere Signale. Unsere Botschaft ist klar: eine Verbesserung des Länderfinanzausgleichs zugunsten der bayerischen Bürgerinnen und Bürger.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Damit kommen wir zu der Zwischenbemerkung des Kollegen Halbleib. Bitte.

Volkmar Halbleib (SPD): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Kollege Klein, ich bedanke mich ausdrücklich für Ihre Ausführungen, weil Sie mir Gelegenheit geben, auf drei wunde Punkte hinzuweisen. Wenn Sie vom Gutachten der FDP-Fraktion zur Frage der Verfassungsgemäßheit des Länderfinanzausgleichs sprechen, muss ich daraus schließen, dass es ein Gutachten der Staatsregierung, das dem Landtag vorgelegt werden könnte, nicht gibt. Sie sprechen als Mitglied der Regierungskoalition von Parteigutachten bzw. Fraktionsgutachten. Hier geht es um eine Gesamtschau der An-

gelegenheit. Ich bitte um Verständnis, dass wir unbeschadet des Bemühens der FDP-Fraktion darauf Wert legen, dass es darum geht, was die Staatsregierung macht.

Ich finde es schon bemerkenswert, dass Sie uns massive Kritikpunkte entgegenhalten, aber selber sagen, dass Ihnen das von Ihnen in Auftrag gegebene Gutachten darüber, was denn konkret geändert werden soll, überhaupt noch nicht vorliegt. Das ist doch ein Zeichen dafür, dass Sie seit Beginn der Debatte noch kein Konzept dazu haben, was Sie am Länderfinanzausgleich konkret ändern wollen.

Damit bin ich schon beim nächsten Punkt. Wir haben ziemlich exakt vor zwei Jahren - es ist zwei Jahre und einen Monat her - hier in diesem Hause beantragt, die Staatsregierung möge ein Konzept vorlegen - ein solches haben Sie als Fraktion erst verspätet in Auftrag gegeben -, das genau diese Punkte enthält, nämlich ganz konkret darzustellen, was aus Sicht der Staatsregierung geändert werden muss. Dies liegt bis heute, bis zu dieser Plenardebatte nicht vor. Ich möchte Ihre Bewertung dazu haben, dass wir seit drei Jahren ohne eine konzeptionelle Grundlage der Staatsregierung über diese Dinge diskutieren.

Ich hätte auch gerne - das war auch aufschlussreich - eine Auskunft darüber, was denn, wenn Sie schon kein Konzept haben, Grundlage der Gespräche mit den anderen Bundesländern war, welches Konzept zur Änderung des Länderfinanzausgleichs diesen Gesprächen zugrunde lag.

Vielleicht noch eine Fußnote, die Sie als Sprecher der FDP-Fraktion besonders interessiert - aber auch der stellvertretende Ministerpräsident soll zuhören -: Kollege Hahn, FDP, stellvertretender Ministerpräsident in Hessen, auch einem Geberland, wird zitiert, ihm sei es nicht bekannt, dass die Nehmerländer die Verhandlungen aufgekündigt hätten.

Bei Ihnen sind also wunde Punkte vorhanden. Diese können Sie mit lautstarker Rhetorik nicht überdecken. Sie sind in der Pflicht, ein Konzept vorzulegen. Das haben Sie bis heute nicht getan.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Klein, bitte.

Karsten Klein (FDP): Herr Kollege Halbleib, zunächst habe auch ich nicht behauptet, dass die Verhandlungen aufgekündigt wurden. Wir haben aber von Anfang an klar gemacht, dass wir ernsthafte Verhandlungen wollen. Diese sind auf der Seite der Nehmerländer einfach nicht erkennbar. Man kann immer über vieles verhandeln. Wenn aber der Verhandlungspartner auf der anderen Seite auf Zeit spielt und trotz dreimaliger Anfrage keine konkreten Zeitpläne und Ähnliches zulässt, dann ist es folgerichtig, dass wir neben den Verhandlungen, für die wir immer offen sind, den Klageweg einschlagen werden. Wir werden diese Klage auch einreichen, wenn sich nichts verändert.

(Beifall bei der FDP)

Ihr zweiter Punkt war das Thema Gutachten und Staatsregierung. Kollege Kreuzer spricht gleich. Er ist der richtige Mann und sollte über die Pläne und über das von der Staatsregierung Erreichte sprechen.

(Zuruf von der SPD)

- Ich bin überhaupt nicht nervös, weil wir eine ganze Menge erreicht haben. Ich habe Ihnen schon dargestellt, dass wir beim ersten Gutachten und auch bei dem zweiten Gutachten klare Ziele vorgegeben haben, Herr Kollege Halbleib. Uns geht es nämlich um eine Verbesserung der Anreizorientierung. Das muss anschließend natürlich auch juristisch und hinsichtlich der Funktion entsprechend gefasst werden.

Das Ganze untermauern wir jetzt noch einmal mit einem Gutachten. Es stimmt nicht, dass wir keine Idee davon haben, wie wir die Neuausrichtung des Länderfinanzausgleichs gestalten wollen. Das unterscheidet uns im Übrigen auch von Ihnen. Sie haben wirklich keine Vorstellung. Sie haben kein Konzept. Sie tragen nur Kritik vor. Sie sagen hier immer: Das ist falsch; das ist nicht richtig; das muss anders laufen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Sie sind in der Regierungsverantwortung!)

Sie haben kein Konzept. Wir haben eine klare Richtschnur. Noch einmal: Das aktuelle System ist anreizfeindlich. Jeder, der mehr Steuereinnahmen hat, muss diese zum allergrößten Teil in den Topf geben. Das wollen wir ändern.

(Natascha Kohnen (SPD): Wie denn? - Volkmar Halbleib (SPD): Wie soll das Gesetz aussehen?)

Wir wollen, dass die Länder einen Anreiz haben, damit sie sich anstrengen. Dann könnten sie von ihren Steuereinnahmen mehr behalten. Das war von Anfang an unsere Zielrichtung. Das habe ich bereits im Jahre 2010 gesagt.

(Natascha Kohnen (SPD): Ein Ziel braucht ein Konzept, um es zu erreichen!)

Sie haben weder im Jahr 2010 noch im Jahr 2011 zugehört. Sie werden auch 2012 nicht zuhören. Im Jahre 2013 werden Sie wieder nach draußen laufen und den Bürgerinnen und Bürgern in Bayern erzählen, dass diese Koalition kein Konzept habe.

(Volkmar Halbleib (SPD): Sie haben keine Antwort!)

Wir tragen die Staatsregierung, die das beste Konzept in ganz Deutschland hat, mit. Deshalb tilgen wir auch zwei Milliarden Euro Schulden.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Jetzt folgt die Sicht der Staatsregierung. Herr Staatsminister Kreuzer, Sie haben das Wort.

(Volkmar Halbleib (SPD): Jetzt sind wir sehr gespannt!)

Staatsminister Thomas Kreuzer (Staatskanzlei): Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, Hohes Haus! Ich freue mich über den Antrag der Regierungsfraktionen und möchte mich im Namen der Bayerischen Staatsregierung für die Unterstützung ganz herzlich bedanken. Die Bayerische Staatsregierung hat gestern im Kabinett entschie-

den, dass sie die Verfassungsmäßigkeit des bundesstaatlichen Finanzausgleichs überprüfen lässt. Sie wird bzw. muss Klage vor dem Bundesverfassungsgericht einreichen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Wann?)

Ich betone es noch einmal: Sie muss Klage einreichen, weil sie von den Empfängerländern dazu gezwungen wurde. Die Schwäche des geltenden Systems und insbesondere die Schieflage sowie die Fehlanreize sind allseits bekannt und überwiegend anerkannt - auch in diesem Hause, liebe Kolleginnen und Kollegen. Deswegen lassen Sie mich zu dieser Geschichtsklitterung der Kollegen Halbleib und Hallitzky Stellung nehmen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Ich wäre vorsichtig!)

Wenn Sie in der Geschichte des Finanzausgleichs zurückgehen, müssen Sie anerkennen, dass Bayern schon einmal in großen Teilen erfolgreich gegen den Finanzausgleich geklagt hat. Im Jahr 1999 hat Bayern vor dem Bundesverfassungsgericht recht bekommen. Wir haben anschließend verhandelt. Herr Kollege Hallitzky, die Verhandlungen sind schwierig, weil die Verhältnisse oft 1 : 15 oder, wenn man Glück hat, 2 : 14 stehen. Somit hat Bayern einen schweren Stand. Trotzdem war Bayern in diesen Verhandlungen erfolgreich. Wir haben einen Abschluss erzielt, der uns mehrere Hundert Millionen Euro gespart hat. Ich möchte mich noch heute bei Edmund Stoiber und Erwin Huber, die dies damals ermöglicht haben, bedanken. Dies war ein guter und für Bayern richtiger Abschluss.

(Beifall bei der CSU)

Deswegen war es richtig, dass die Landesgruppe dem zugestimmt hat. Wo liegen die Probleme? - Anders als im Jahre 2001 erhofft, konnten die Defizite durch die damals verhandelten Neuerungen nicht endgültig beseitigt, sondern nur lange Zeit kaschiert

werden. In den letzten Jahren traten sie jedoch immer mehr zutage und treffen nun vor allem den Freistaat Bayern mit voller Wucht.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): War das nicht absehbar?)

Das liegt daran, dass sich die Leistungsfähigkeit zwischen Bayern und den anderen Ländern in erheblichem Maße auseinanderentwickelt hat. Meine Damen und Herren, das liegt daran, dass in den von Ihnen regierten Ländern weder wirtschafts- noch finanzpolitisch etwas auf die Beine gestellt wird.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Dass Sie so erfolglos sind, konnte im Jahre 1999 selbst von uns nicht abgesehen werden.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Deshalb kann es in Zukunft nicht so weitergehen.

Zum Kollegen der FREIEN WÄHLER sage ich: Der Schluss, dass der Länderfinanzausgleich entweder von Anfang an oder gar nicht verfassungswidrig war, ist juristisch falsch. Obwohl etwas rechtmäßig ist, können sich die Verhältnisse in einem Ausgleichsystem so ändern, dass nachträglich keine Rechtmäßigkeit mehr vorliegt.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Herr Kollege, wenn Sie mir das nicht glauben, rate ich Ihnen, das im Urteil des Bundesverfassungsgerichts nachzulesen, nachdem wir die Klage eingereicht haben und sobald das Gericht entschieden hat. Das liegt völlig auf der Hand. Eine Regelung, die richtig und rechtmäßig ist, kann sich durch eine vollständige Änderung der tatsächlichen Verhältnisse selbstverständlich nachträglich zu einer unrechtmäßigen Regelung entwickeln.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Wenn es unvorhersehbar war!)

Meine Damen und Herren, seit eineinhalb Jahren versuchen deshalb die drei großen Zahlerländer, Bayern, Baden-Württemberg und Hessen, die anderen Länder von der Notwendigkeit von Reformen zu überzeugen. Wir haben die Länder mehrfach eingeladen, sich an den Verhandlungen zu beteiligen. Unter Einladung verstehe ich ebenfalls ein sehr weitreichendes Entgegenkommen. Die drei Länder haben ein sehr faires und großzügiges Angebot vorgelegt. Sie waren bereit, das bestehende System zu ändern, darüber zu reden, aber auch ein völlig neues System zu installieren. Sie waren ebenfalls hinsichtlich anderer Finanzströme gesprächsbereit. Was hätten sich die anderen Länder noch anderes wünschen können - bis auf Blankoschecks -, um ernsthaft in die Gespräche einzutreten? Meine Damen und Herren, es half alles nichts.

(Alexander König (CSU): Soweit zum Konzept!)

Einige Länder, allen voran Nordrhein-Westfalen und Berlin, haben sich in ihrer Verweigerungsecke und Empfängermentalität so häuslich eingerichtet, dass ihnen selbst Veränderungen, von denen sie im Ergebnis profitieren würden, viel zu anstrengend sind. Dies waren die Erfahrungen unserer Verhandlungen. Die Länder wollen einfach nur die Tasche aufhalten.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Dies können wir den bayerischen Bürgerinnen und Bürgern nicht mehr zumuten. Hier regiert glücklicherweise nicht Rot-Grün. Hier wird solide gewirtschaftet. Es wird kein Geld verschwendet.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Bayern ist nicht der Zahlmeister Deutschlands und vor allem nicht der Zahlmeister Berlins.

(Beifall bei der CSU)

Ich warte darauf, dass einmal ein Kollege der bayerischen SPD Herrn Wowereit entgegentritt, der erklärt hat, dass der Wunsch nach Veränderungen des Finanzausgleichssystems vonseiten Bayerns unsolidarisch sei. Selbst Sie verlangen Veränderungen, stellen diesen unverschämten Äußerungen gegenüber unseren Bürgerinnen und Bürgern jedoch nichts entgegen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Zur Wahrung unserer Interessen müssen wir somit eine Klage vor dem Bundesverfassungsgericht einreichen. Wir sind zuversichtlich, dass das Bundesverfassungsgericht dem Gesetzgeber aufgibt, aus dem Länderfinanzausgleich wieder ein gerechtes und solidarisches Ausgleichsystem zu machen. So stellt sich unser Grundgesetz den Länderfinanzausgleich vor.

Noch einige kurze Worte zu den Dringlichkeitsanträgen der SPD und der GRÜNEN: Besser kann man nicht dokumentieren, wie wenig Ihnen die bayerischen Interessen am Herzen liegen und wie weltfremd Sie insgesamt agieren.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Sie verraten die Interessen der Menschen in Bayern, indem Sie wie Ihre rot-grünen Empfängerfreunde immer wieder auf Verzögerungen setzen. Kommt von Ihnen irgendwann einmal ein Vorschlag, der zu einem Ergebnis führt und uns weiterbringt?

(Horst Arnold (SPD): Das ist Ihre Aufgabe!)

Wenn ich hinsichtlich der Vertretung bayerischer Interessen auf die linke Seite sehe, drängt sich mir immer wieder folgender Verdacht auf: Nicht wenige von Ihnen pfeifen lieber die Sozialistische Internationale mit, als das Bayernlied zu singen.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Isabell Zacharias (SPD): Ganz groß!)

Das ist ein grundsätzliches Problem. Das haben wir ebenfalls im Rahmen der Diskussion zu den Eurobonds und den Eurobills gesehen. Die heiligen roten drei Könige

haben eine Wallfahrt zum französischen Präsidenten unternommen, um über Europa unter Genossen zu verhandeln.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Darüber hinaus ist es klar ersichtlich, dass Sie vom Regierungshandeln nichts verstehen.

(Lachen bei der SPD)

Selbstverständlich haben wir ein Konzept im Kopf. Herr Halbleib, wer glaubt, man müsse Verhandlungen in der Form vorbereiten, dass völlig fertige und nicht mehr abänderbare Konzepte erstellt werden, hat keine Ahnung. Man muss diskutieren.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Man muss Vorschläge prüfen und Kompromisse finden. Wer glaubt, man müsse Rechtsgutachten veröffentlichen, bevor Klage erhoben wird, hat wiederum von Juristerei keine Ahnung. Wir brauchen die Rechtsgutachten für die Vorbereitung unserer Klage. Das können Sie alles in der Klagebegründung lesen.

Noch ein Letztes, Herr Kollege Hallitzky: Sie haben Ihr ganz berühmtes Konzept, das Sie am 4. Mai dieses Jahres als ein von Frau Professor Nathalie Behnke entwickeltes Modell vorgestellt haben, hier als Stein der Weisen eingebracht. Wir waren bereit, dieses Konzept in die Verhandlung zwischen den Ländern einzubeziehen. Es ist in der Verhandlungskommission von den GRÜNEN abgelehnt worden, hauptsächlich von den GRÜNEN in Nordrhein-Westfalen. Das betrifft Ihr Konzept und ist die Wahrheit.

(Beifall bei der CSU)

Zum Schluss zum Wahlkampfvorwurf: Dieser Vorwurf ist geradezu lächerlich. Sie wissen alle, dass wir bereits seit mehr als eineinhalb Jahren verhandeln und eigentlich schon früher bei Nichterfolg der Verhandlungen eine Klage überlegt haben. Wir haben dies aus Rücksicht auf Ministerpräsident Kretschmann in Baden-Württemberg zurück-

gestellt, der erklärt hat, er sei neu im Amt und wolle nicht sofort klagen, sondern zuerst verhandeln. Das haben wir getan. Wir haben mit ihm - gemeinsam mit Vertretern aus Hessen - die Verhandlungen geführt. Deswegen ist die Klage nicht schon früher erhoben worden. Das war der Grund; das hat mit dem Wahltermin überhaupt nichts zu tun. Deswegen ist der Vorwurf absurd.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Eines ist aber in Bezug auf Wahlen richtig: Die Menschen in Bayern sollen vor der Abstimmung wissen, wer bayerische Interessen vertritt. Die Interessen werden von der Staatsregierung und den sie tragenden Parteien vertreten.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Sind Sie fertig, Herr Staatsminister?

Staatsminister Thomas Kreuzer (Staatskanzlei): Ich bin fertig. Ich warte nur noch auf den Kollegen Halbleib.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Dann kommen wir zu einer Zwischenbemerkung des Kollegen Halbleib.

Volkmar Halbleib (SPD): (Vom Redner nicht autorisiert) Es ist erstaunlich, wie Sie es schaffen, innerhalb Ihres eigenen Redebeitrags Ihre eigene Argumentation zu widerlegen. Wenn das kein Wahlkampfauftritt war, den Sie hier hingelegt haben, dann weiß ich nicht, was ein Wahlkampfauftritt im Bayerischen Landtag ist.

(Beifall bei der SPD)

Die Situation nach Ihren Ausführungen ist fast noch schlimmer als vorher. Jetzt sagen Sie nicht nur, die Verfassungswidrigkeit habe sich innerhalb von fünf oder sieben Jahren seit Inkrafttreten entwickelt. Das behaupten Sie in der juristischen Argumentation. Noch schlimmer ist, dass Sie behaupten, die Prognosen der Staatsregierung über die Auswirkungen des Länderfinanzausgleichs seien so schlecht gewesen, dass sie zu

diesem Ergebnis geführt hätten. Das bedeutet nicht nur, dass Sie damals schlecht verhandelt haben, sondern auch, dass Sie hinsichtlich der Prognosen und Ihrer wirtschaftlichen Kompetenz noch schlechter sind, als Sie es im Landtag zugeben.

Radikaler kann man sich nicht demaskieren, wenn man im Bayerischen Landtag in einer solchen Situation als Vertreter der Staatsregierung, als Staatsminister in der Staatskanzlei, davon spricht, man habe ein Konzept im Kopf. Ich bitte Sie: Es sind viel zu ernste Themen, auch im Bund-Länder-Ausgleich. Ich erwarte von der Staatsregierung, dass sie nicht nur ein Konzept im Kopf hat, was ich bezweifle, sondern auch, dass sie im Landtag vorträgt, was sie konkret am Länderfinanzausgleich ändern will. Dass Sie es bisher nicht getan haben, spricht für sich. Wie Sie agieren, ist keine Interessenvertretung des Landes Bayern,. Es ist auch keine Interessenvertretung gegenüber den bayerischen Bürgern, wenn Sie sich weigern, die berechtigten Fragen der Vertreter des Landtags in diesem Haus zu beantworten.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Staatsminister.

Staatsminister Thomas Kreuzer (Staatskanzlei): Herr Kollege Halbleib, wenn Sie Interesse an einem wirklichen Wahlkampf haben, dann lade ich Sie gerne ein, mich einmal einen Tag in Bayern zu begleiten. Danach wissen Sie, dass das keine Wahlkampfrede gewesen ist.

Schlechte Prognosen: Ich will dazu zwei Dinge sagen. Es ist damals in Anbetracht der Situation ein optimales Verhandlungsergebnis erzielt worden, nachdem die allermeisten Länder völlig unterschiedliche Interessen haben. Dass sich die wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland so massiv auseinanderentwickelten, wie dies geschehen ist, wobei manche Länder, in denen Ihre Partei Verantwortung trägt - Rot-Grün in allererster Linie -, regelrecht abgestürzt sind, war schwer vorhersehbar. Genauso hätte auch niemand vor wenigen Jahren gedacht, wie glänzend sich der Freistaat Bayern

nach vorne entwickelt. Auch das muss gesagt werden. Wir haben eine sehr positive Entwicklung.

Ich bleibe dabei: Der damalige Ausgleich war richtig verhandelt. Er ist aber aufgrund der Entwicklung, vor allem aufgrund des finanziellen Auseinanderlaufens der Verhältnisse in diesem Staat, inzwischen überholt und meines Erachtens unrechtmäßig geworden. Dies werden wir überprüfen lassen. Mir hat noch niemand gesagt, warum diese rechtliche Überprüfung für Bayern Nachteile bringen sollte. Auch Sie haben vorhin keine Ausführungen darüber gemacht. Ich glaube, dass die Klage die Verhandlungen nicht zum Erliegen bringt, sondern beschleunigt. Ich glaube auch, dass wir gute Chancen haben, insgesamt einen Erfolg zu erzielen. Unsere Bevölkerung ist dringend darauf angewiesen. Wir in der CSU achten darauf, auch künftig unsere Staatsaufgaben für die Menschen in Bayern erfüllen zu können und hierfür die entsprechenden Finanzmittel zu haben.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Wir haben noch zwei Zwischenbemerkungen, zunächst von Herrn Kollegen Pohl, dann von Herrn Kollegen Hallitzky. Als Nächster: Herr Kollege Pohl.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Herr Staatsminister, wir sind uns im Ziel einig. Auch wir sind der Meinung, dass man versuchen sollte, diesen schlecht verhandelten Länderfinanzausgleich gerichtlich zu kippen und für Bayern besser zu verhandeln. Darüber sind wir uns einig. Wenn Sie allerdings davon sprechen, dass der Verlauf der Entwicklung damals unvorhersehbar war, dann muss ich Sie fragen: Sie prangern durchaus nicht ganz zu Unrecht Berlin an, aber Berlin war schon damals von Herrn Wowereit regiert, aktuell ist sogar die CDU mit in der Regierung. Da muss man doch aus Ihrer Sicht davon ausgehen, dass die Verhältnisse in Berlin zumindest besser sind, als Sie es im Jahr 2002 waren.

Wenn Sie erklären, dass sich die Verhältnisse in Bayern außergewöhnlich gut entwickelt haben und dafür die Staatsregierung verantwortlich machen, dann muss ich sagen: Seit vier Jahren ist die CSU nicht mehr allein an der Regierung und die FREIEN WÄHLER sind im Bayerischen Landtag.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Staatsminister, bitte.

Staatsminister Thomas Kreuzer (Staatskanzlei): Herr Kollege Pohl, zumindest haben Sie in diesem Land nichts durch gewonnene Abstimmungen im Bayerischen Landtag verändert; das muss ich feststellen. Ich habe dem, was ich gesagt habe, nichts hinzuzufügen. Bayern hat sich in den letzten Jahren außergewöhnlich gut entwickelt, was die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt angeht. Dies hat natürlich dazu beigetragen. Ich hoffe, dass sich Berlin berappelt. Ob es die CDU allein richten kann, wage ich zu bezweifeln. Ob es in dieser Koalition angesichts der Mehrheitsverhältnisse möglich ist, wage ich zu bezweifeln. Ich würde es Berlin gönnen, weil sich Berlin in einer verheerenden Situation befindet.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Jetzt eine Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Hallitzky.

Eike Hallitzky (GRÜNE): Wenn Sie über den Länderfinanzausgleich verhandeln und dabei Fragen über die Steuerautonomie der Länder einbauen - Kollege Klein, Sie haben darauf hingewiesen -, dann wäre das Aufgabe für eine Föderalismuskommission und Verhandlungen zum Länderfinanzausgleich. Wenn Sie das alles in einen Topf werfen wollen, wundert mich nicht, dass Sie nicht vorankommen. Das ist die eine Baustelle. Sie müssen den Länderfinanzausgleich im engeren Sinne angehen, damit Sie ein entsprechendes Konzept erstellen können. Daran fehlt es vollkommen.

Ich danke Ihnen ganz ausdrücklich, dass Sie das Konzept der GRÜNEN in die Verhandlungen eingebracht haben. Ich wäre vonseiten der Regierung nicht so gaga, ein

Konzept der GRÜNEN einzubringen, wenn ich selbst eins hätte. Also ist das der beste Beweis dafür, dass Sie selber keines haben. Ich betrachte das deshalb als Schutzbehauptung, wenn Sie behaupten, Sie hätten ein Konzept zum Länderfinanzausgleich. Wenn Sie eines haben, dann legen Sie es hier und heute vor.

Ein Letztes: Ich würde Ihnen jenseits von Wahlkampfauftritten für die Analyse des Ganzen empfehlen:Ich habe einiges aus der geschichtlichen Entwicklung erwähnt. Wir hatten die Deutsche Einheit. Wir hatten in Berlin einmal den Regierenden Bürgermeister Diepgen von der CDU. Hier geht es also nicht um gute oder schlechte Parteipolitik. Berlin hat eine spezifische Rolle als Bundeshauptstadt, über die wir heute kaum geredet haben. In anderen Ländern wird das direkt berücksichtigt. Wir hatten die Aussage von Wowereit, Berlin sei arm, aber sexy. In Bierzelten können Sie alles das bringen. Hier im Hohen Hause ist es aber nicht angebracht, wenn Sie auf solchen Plattheiten Ihre Länderfinanzausgleichsdebatte aufbauen.

Staatsminister Thomas Kreuzer (Staatskanzlei): Herr Kollege Hallitzky, dafür, dass Ihnen dies nicht gefällt, habe ich Verständnis. Ich sage es noch einmal abschließend: Der Freistaat Bayern hat in vielen Verhandlungsrunden mit mehrmaligen Anläufen die verschiedensten Ansätze zur Änderung des Länderfinanzausgleichs angeboten, die von einer Veränderung bis zur völligen Neukonzeption gingen. Wer hier meint, mit einem fertigen Konzept in die Verhandlungen reinzugehen und so wieder rauszukommen, versteht von Verhandlungen nichts. Es sind viele Vorschläge gemacht worden. Das Problem ist, dass die Nehmerseite alles ablehnt, weil sie an einer Veränderung gar kein Interesse hat. Das ist die Schwierigkeit, vor der wir stehen. Dies müssen wir aufbrechen, und deswegen klagen wir.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Die Anträge werden hierzu wieder getrennt. Ich lasse vorweg über die beiden Anträge des BÜNDNIS-

SES 90/DIE GRÜNEN und der SPD in einfacher Form abstimmen. Anschließend lasse ich in namentlicher Form über den Antrag von CSU und FDP abstimmen.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 16/13270, dem Antrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, seine Zustimmung geben will, den bitte ich um ein Handzeichen. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD. Gegenstimmen? - CSU, FDP, FREIE WÄHLER und Frau Kollegin Pauli. Enthaltungen? - Keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 16/13289, dem Antrag der SPD-Fraktion, seine Zustimmung geben will, bitte ich jetzt um das Handzeichen. - SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Die Gegenstimmen, bitte! - CSU und FDP. Enthaltungen? - FREIE WÄHLER und Frau Kollegin Pauli. Damit ist auch dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Jetzt kommen wir zur namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 16/13267; das ist der Antrag der CSU und der FDP. Die Urnen sind bereitgestellt. Ich eröffne die Abstimmung. Sie haben fünf Minuten Zeit, meine Damen und Herren.

(Namentliche Abstimmung von 15.33 bis 15.38 Uhr)

Meine Damen und Herren, die fünf Minuten sind um. Ich schließe die Abstimmung und bitte das Ergebnis draußen zu ermitteln. Ich bitte Sie, die Plätze wieder einzunehmen.

Zwischendurch gebe ich Ihnen das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Bause, Dr. Runge, Gote und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betreffend "Jetzt Notbremse ziehen - Bürgerinnen und Bürger vor Meldegesetz schützen!", Drucksache 16/13265, bekannt: Mit Ja haben 66 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 82. Es gab keine Stimmenthaltung. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 5)

(...)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. Ehe ich in den Wortmeldungen fortfahre, darf ich das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion und der FDP-Fraktion betreffend "Änderungen im Länderfinanzausgleich zu Gunsten Bayerns durchsetzen", Drucksache 16/13267, bekannt geben: Mit Ja haben 113 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 49. Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 18.07.2012 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Renate Dodell, Karl Freller u. a. und Fraktion CSU, der Abgeordneten Thomas Hacker, Karsten Klein, Dr. Andreas Fischer u. a. und Fraktion FDP; Änderungen im Länderfinanzausgleich zu Gunsten Bayerns durchsetzen (Drucksache 16/13267)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate		X	
Aiwanger Hubert	X		
Arnold Horst		X	
Aures Inge		X	
Bachhuber Martin	X		
Prof. Dr. **Barfuß** Georg	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. **Bauer** Peter	X		
Prof. Dr. **Bausback** Winfried	X		
Bause Margarete		X	
Dr. **Beckstein** Günther	X		
Dr. **Bernhard** Otmar			
Dr. **Bertermann** Otto	X		
Dr. **Beyer** Thomas			
Biechl Annemarie	X		
Biedefeld Susann		X	
Blume Markus	X		
Bocklet Reinhold	X		
Breitschwert Klaus Dieter			
Brendel-Fischer Gudrun	X		
Brunner Helmut	X		
Dr. **Bulfon** Annette			
Dechant Thomas	X		
Dettenhöfer Petra	X		
Dittmar Sabine		X	
Dodell Renate	X		
Donhauser Heinz	X		
Dorow Alex	X		
Dr. **Dürr** Sepp		X	
Eck Gerhard			
Eckstein Kurt	X		
Eisenreich Georg	X		
Dr. **Fahn** Hans Jürgen	X		
Felbinger Günther	X		
Dr. **Fischer** Andreas	X		
Dr. **Förster** Linus		X	
Franke Anne		X	
Freller Karl	X		
Füracker Albert	X		
Prof. Dr. **Gantzer** Peter Paul		X	
Gehring Thomas		X	
Glauber Thorsten	X		
Goderbauer Gertraud	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Görlitz Erika	X		
Dr. **Goppel** Thomas	X		
Gote Ulrike			
Gottstein Eva	X		
Güll Martin		X	
Güller Harald		X	
Freiherr von **Gumppenberg** Dietrich	X		
Guttenberger Petra	X		
Hacker Thomas	X		
Haderthauer Christine			
Halbleib Volkmar		X	
Hallitzky Eike		X	
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig			
Heckner Ingrid	X		
Heike Jürgen W.	X		
Herold Hans	X		
Dr. **Herrmann** Florian	X		
Herrmann Joachim	X		
Dr. **Herz** Leopold	X		
Hessel Katja			
Dr. **Heubisch** Wolfgang	X		
Hintersberger Johannes	X		
Huber Erwin	X		
Dr. **Huber** Marcel	X		
Dr. **Hünnerkopf** Otto	X		
Huml Melanie	X		
Imhof Hermann			
Jörg Oliver	X		
Jung Claudia			
Kamm Christine			
Karl Annette		X	
Kiesel Robert	X		
Klein Karsten	X		
Kobler Konrad			
König Alexander	X		
Kohnen Natascha		X	
Kränzle Bernd	X		
Kreuzer Thomas	X		
Ländner Manfred	X		
Freiherr von **Lerchenfeld** Ludwig	X		
Graf von und zu **Lerchenfeld** Philipp	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Lorenz Andreas	X		
Prof. **Männle** Ursula			
Dr. **Magerl** Christian		X	
Maget Franz		X	
Matschl Christa	X		
Dr. **Merk** Beate	X		
Meyer Brigitte	X		
Meyer Peter	X		
Miller Josef	X		
Müller Ulrike	X		
Mütze Thomas		X	
Muthmann Alexander	X		
Naaß Christa		X	
Nadler Walter			
Neumeyer Martin	X		
Nöth Eduard	X		
Noichl Maria		X	
Pachner Reinhard	X		
Dr. **Pauli** Gabriele	X		
Perlak Reinhold		X	
Pfaffmann Hans-Ulrich		X	
Prof. Dr. **Piazolo** Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pointner Mannfred	X		
Pranghofer Karin		X	
Pschierer Franz Josef	X		
Dr. **Rabenstein** Christoph			
Radwan Alexander	X		
Reichhart Markus	X		
Reiß Tobias			
Richter Roland			
Dr. **Rieger** Franz	X		
Rinderspacher Markus			
Ritter Florian		X	
Rohde Jörg	X		
Roos Bernhard		X	
Rotter Eberhard	X		
Rudrof Heinrich	X		
Rüth Berthold	X		
Dr. **Runge** Martin		X	
Rupp Adelheid		X	
Sackmann Markus			
Sandt Julika	X		
Sauter Alfred	X		
Scharfenberg Maria			
Schindler Franz		X	
Schmid Georg	X		
Schmid Peter	X		
Schmitt-Bussinger Helga		X	
Schneider Harald		X	
Schöffel Martin	X		
Schopper Theresa		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer Angelika	X		
Schreyer-Stäblein Kerstin	X		
Schuster Stefan		X	
Schweiger Tanja	X		
Schwimmer Jakob	X		
Seidenath Bernhard	X		
Sem Reserl	X		
Sibler Bernd	X		
Sinner Eberhard	X		
Dr. **Söder** Markus			
Sonnenholzner Kathrin		X	
Dr. **Spaenle** Ludwig	X		
Sprinkart Adi			
Stachowitz Diana			
Stahl Christine		X	
Stamm Barbara	X		
Stamm Claudia		X	
Steiger Christa		X	
Steiner Klaus	X		
Stewens Christa	X		
Stierstorfer Sylvia	X		
Stöttner Klaus	X		
Strehle Max	X		
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold		X	
Ströbel Jürgen	X		
Dr. **Strohmayr** Simone		X	
Taubeneder Walter	X		
Tausendfreund Susanna		X	
Thalhammer Tobias	X		
Tolle Simone		X	
Unterländer Joachim	X		
Dr. **Vetter** Karl	X		
Weidenbusch Ernst	X		
Weikert Angelika		X	
Dr. **Weiß** Bernd	X		
Dr. **Weiß** Manfred	X		
Dr. **Wengert** Paul		X	
Werner Hans Joachim		X	
Werner-Muggendorfer Johanna		X	
Widmann Jutta	X		
Wild Margit		X	
Will Renate	X		
Winter Georg			
Winter Peter	X		
Wörner Ludwig		X	
Zacharias Isabell		X	
Zeil Martin	X		
Zeitler Otto	X		
Zellmeier Josef	X		
Dr. **Zimmermann** Thomas	X		
Gesamtsumme	113	49	0